Wildbader Tagblatt

Enztalbote — Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.30 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Häberle & Co., Wildbad; Pforzheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postscheckkonto 201 74 Stuttgart.

Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einspaltige 45 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 3 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Gack, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 54 | Fernruf 479 | Dienstag den 6. März 1934. | Fernruf 479 | 69. Jahrgang.

Dr. Göbbels zur Außenpolitik

Deutschland und Frankreich

Paris, 5. März. Reichspropagandaminister Dr. Göbbels hat dem Berliner Vertreter des „Matin", Bossan, in einer Unterredung die Ziele der nationalsozialistischen Politik im allgemeinen und gegenüber Frankreich im besonderen auseinandergesetzt. Dr. Göbbels führte aus:

Ich halte die meisten Handlungen unserer Regierung für geeignet, dem französischen Volke zu zeigen, daß wir endgültig der mehrhundertjährigen blutigen Vergangenheit der Beziehungen beider Nationen ein Ende zu setzen wünschen. Unser Führer Adolf Hitler hat — nicht nur in Reden — eindringlich betont, daß nach endgültiger Regelung der Saarfrage, bei der es sich um rein deutsches Gebiet handelt, **keine Gebietsfrage mehr trennend zwischen Frankreich und Deutschland stehen wird.** Eine Regelung der zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen wird um so leichter zu erzielen sein, als keine wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten sie verhindern könnten. Da es nun feststeht, daß die lebenswichtigen Interessen nicht aufeinanderprallen, ist es dann zulässig, daß ein Mißverständnis verewigt wird, ganz einfach deshalb, weil das zu einer schlechten Angewohnheit geworden ist?"

Der Berichterstatter des „Matin" wirft ein, daß der offenkundige Aufrüstungswunsch Deutschlands Frankreich beunruhige, das durch diese Tendenzen bedroht werde.

Reichsminister Dr. Göbbels erwiderte: „Ich bin im Zweifel, ob das französische Volk sich auch hinreichend unsere Lage klarzumachen sucht. Wenn wir unsere geographische Lage betrachten, finden wir wenige natürliche Grenzen im Norden und Süden. Ganz Deutschland ist von starken, selbstbewußten und in vollem Aufstieg begriffenen Nationen umgeben. Diesen Aufstieg begrüßen wir übrigens, denn er kann nur in einer Entfaltung der europäischen Zivilisation zum Ausdruck kommen. Es ist jedoch klar, daß wir, im Mittelpunkt des Kontinents gelegen, im gleichen Schritt mit diesen Nationen marschieren müssen. So wird man zweifellos leichter begreifen, warum wir die Gleichberechtigung fordern, die **für uns eine Frage auf Leben und Tod ist.**

Wir hatten gehofft, daß unsere Abrüstung von den übrigen Mächten befolgt werden würde, wie es im Versailler Vertrag vorgeschrieben ist. Muß man Deutschland die Schuld zuschreiben, wenn dies nicht geschehen ist? Sind die Flugzeugmutterschiffe und die Flottenstützpunkte, die man so zahlreich überall in der Welt antrifft, nur gegen die „deutsche Gefahr" vorgesehen worden? Welches auch der Grund sein mag, ich will nicht näher darauf eingehen, aber kein verantwortlicher Staatsmann könnte zulassen, daß sein Volk für immer ohne jede Verteidigung sowohl theoretisch wie praktisch irgend welchen Angriffen ausgesetzt bleibt, um so mehr, als die durch das Flugwesen erzielten Fortschritte in naher Zukunft mit ungeahnten Vernichtungsmöglichkeiten rechnen lassen. Es handelt sich nicht darum, und ich möchte diesen nach unserer Auffassung dogmatischen Standpunkt betonen, unseren Willen anderen Nationen aufzuzwingen, denn der Nationalsozialismus bekennt sich zum **absoluten Respekt der Rechte anderer,** sondern darum, die elementarsten Möglichkeiten zu erhalten, um uns zu schützen, wie wir auch dem französischen Volk es nicht verargen, wenn es bestimmte Maßnahmen im Hinblick auf seine Sicherheit ergreift. Es handelt sich also nicht um eine Aufrüstung, sondern eher darum, die Geister wieder zu beruhigen."

Auf die Frage, ob das deutsche Volk mit der Politik der Reichsregierung auch einverstanden sei, erwiderte Dr. Göbbels: „Die Volksbefragung vom 12. November beweist hinreichend, daß die erdrückende Mehrheit sich für das Friedensprogramm des Kanzlers ausgesprochen hat. Dieses Programm ist nicht ein leeres Wort geblieben. **Die Liquidierung des deutsch-polnischen Streitfalles** beweist, daß Deutschland als Beispiel auf dem Gebiete der moralischen Abrüstung dienen kann. Wir wünschen den Frieden mit allen Völkern, die uns die Gleichberechtigung gönnen wollen, und wir glauben auch nicht, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten, mit denen andere Länder zu kämpfen haben, unserem Volke dienen könnten. Ich zweifle nicht daran, daß man sich während der jüngsten Ereignisse in Frankreich davon überzeugen konnte, daß die deutsche Presse niemals den Rahmen der reinen Berichterstattung überschritten hat, ohne daß irgend ein deutsches Blatt seiner Schadenfreude über diese Ereignisse Ausdruck gab. Wir glauben ganz im Gegenteil, daß die Stabilität und das Wohlergehen eines Landes die politischen Beziehungen mit seinem Nachbarn erleichtern. Wir können also nur hoffen, daß Frankreich ebenfalls seine innerpolitischen Schwierigkeiten überwindet."

Zum Schluß dementierte Dr. Göbbels sämtliche Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichsregierung und erklärte, in der Reichsregierung herrsche volles Einvernehmen. Hitler brauche keine Befehle zu erteilen; der geringste Hinweis seinerseits genüge, seine Wünsche werden ohne weiteres ausgeführt.

Tagesspiegel.

In einer Unterredung mit dem „Matin"-Vertreter hat Reichsminister Dr. Göbbels die Mißverständnisse beleuchtet, die in Frankreich gegen Deutschland bestehen.

•

Im Kölner Handwerkskammer-Prozeß wurde der frühere Vizepräsident des Reichstags, Thomas Esser, zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

•

Generaldirektor Dorpmüller kündigte eine Steigerung der Verkehrsgeschwindigkeiten bei der Reichsbahn an, daß es von allen großen Städten des Reiches aus an einem Tag nach Berlin und zurück reiche.

•

Die Völkerbundsvermittlung im Streit um das Chacogebiet in Südamerika ist gescheitert.

•

In Paris macht sich lebhaftes Mißtrauen gegen die Mitte März in Rom stattfindende Dreimächtekonferenz (Italien, Oesterreich, Ungarn) bemerkbar.

Die Dreimächtekonferenz in Rom

Wien, 5. März. Die Konferenz zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn in Rom ist jetzt auf den 14. März festgesetzt worden. Dollfuß und Gömbös treffen bereits am 13. März in Rom ein. Die Dauer der Konferenz ist auf drei Tage festgesetzt worden.

In den am Montag beginnenden Vorbesprechungen zwischen Vertretern der italienischen, österreichischen und ungarischen Regierung sollen die vorgesehenen **wirtschaftspolitischen Vereinbarungen** zwischen den drei Mächten soweit durchberaten und sachlich festgelegt werden, daß zu Beginn des Aufenthalts bereits die Unterzeichnung durch Mussolini, Dollfuß und Gömbös erfolgen kann. Die Vereinbarungen sollen, wie verlautet, den Charakter von Zusatzverträgen zu den bereits zwischen den drei Mächten bestehenden Abmachungen erhalten. In unterrichteten politischen Kreisen wird die Auffassung vertreten, daß die praktische Bedeutung der kommenden Vereinbarungen nicht überschätzt werden darf. Man erklärt vielmehr, daß es sich im wesentlichen um eine Ausweitung der bereits von den Staaten einander gewährten wirtschaftlichen Vorteile, Erhöhung der gegenseitigen Kontingente, Kreditausweitung, Ausfuhrerleichterungen, Regelung des Handelsverkehrs und allgemeine wirtschaftliche Erleichterungen handelt.

Die ursprünglich von italienischer Seite seit längerer Zeit verfolgten Pläne einer Zollunion zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn sollen aus politischen und wirtschaftspolitischen Gründen bereits in den letzten Wiener und Budapester Verhandlungen endgültig als undurchführbar und untragbar aufgegeben worden sein, so daß die kommenden Vereinbarungen, wie erklärt wird, sich im wesentlichen in den Rahmen gegenseitiger wirtschaftspolitischer Vergünstigungen halten werden.

Man betont, daß gegenwärtig allein Deutschland in der Lage sei, den südosteuropäischen Staaten diejenigen wirtschaftlichen Absatzmöglichkeiten zu bieten, die zu einer entscheidenden Wirtschaftsbelebung dieser Länder führen könnten. Insbesondere weist man darauf hin, daß die italienische Regierung im Hinblick auf die gegenwärtige schwierige Finanzlage Italiens und die beschränkten italienischen Aufnahmemöglichkeiten für Agrarprodukte der südosteuropäischen Staaten auf die Dauer nicht in der Lage ist, Oesterreich und Ungarn wirklich entscheidende wirtschaftliche Vorteile zu bieten. Die praktische Bedeutung der kommenden römischen Vereinbarungen wird daher in unterrichteten Kreisen skeptisch beurteilt, offen ist jedoch die Frage, wie weit in den Verhandlungen in Rom auch politische Vereinbarungen zwischen den drei Mächten zur Sprache kommen werden.

•

Gömbös fährt ohne Begleiter nach Rom

Budapest, 5. März. Den Montagsblättern zufolge wird nun Ministerpräsident Gömbös nach Rom fahren. Die ursprüngliche Absicht, auch den Außenminister, den Handelsminister und den Ackerbauminister zu den Verhandlungen in Rom hinzuzuziehen, ist fallen gelassen worden, da es sich lediglich um die Zusammenkunft der Regierungsleiter der drei Länder handle.

Dollfuß und die Verfassungspläne

Wien, 5. März. Bundeskanzler Dollfuß sprach am Sonntag auf einer vaterländischen Kundgebung in Villach. Er behandelte dabei auch die Grundlage der kommenden Verfassung näher, deren einstweilige Durchführung er bereits für diese Woche ankündigte. Ueber die Ereignisse der letzten Wochen sagte er u. a.: Jahrelang sind von dem radikalen Führerklüngel der Sozialdemokratischen Partei Dinge vorbereitet worden, die früher oder später zum Bürgerkrieg führen mußten. Wenn die Generalstreikparole wirklich ausgeführt worden wäre, wäre der Kampf sehr schwierig geworden. Wir wissen gar nicht, welche Katastrophe über dieses Land gekommen wäre. Aber wir wissen, daß eine vollständige Verwirrung in einem Lande nur allzu leicht von anderen benutzt worden wäre, um unter irgend welchem Titel für Ruhe und Ordnung von außenher zu sorgen. In diesen Tagen wird eine Verordnung hinausgehen, durch die der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten geschaffen wird. Es wird dies die einzige Interessenvertretung neben den Arbeiterkammern sein. Daneben wird es andere Gewerkschaften nicht mehr geben. Innerhalb der Landwirtschaft werden die bereits bestehenden Bauernbünde und die Landwirtschaftskammern die berufsständische Vertretung bilden. Wir werden im Laufe der nächsten Wochen in Oesterreich eine neue Verfassung haben. Oesterreich wird ein **auf Berufsständen aufgebauter Staat sein unter autoritärer Führung.** Für den Aufbau der Berufsstände werden wir noch einige Zeit brauchen. Bis dahin wird eine **Uebergangsverfassung** notwendig sein, wofür durch Umgruppierung in den einzelnen Landesregierungen bereits Vorsorge getroffen ist, in deren zukünftiger Zusammensetzung es keinen Politiker mehr geben wird. Die künftigen Landtage werden auch von den Berufsständen gebildet werden. Wir werden die Autonomie der Landesverwaltung aufrecht erhalten. Wir wollen den einzelnen Gebieten nicht ihre Rechte nehmen. Der Aufbau des Staates im christlichen und katholischen Sinne hat mit dem Schlagwort „Klerikalismus" nichts zu tun. Unsere Bischöfe haben die Priester aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen und damit hat die Kirche bewiesen, daß es sich nicht um eine brutale politisch-weltliche Vorherrschaft handelt, sondern darum, die Lehre Christi im Volke zu vertreten und damit das Volk aufwärts zu führen.

Die Zukunft der Reichsbahn

In einem Tage nach Berlin und zurück

Berlin, 5. März. Im Festsaal des Hauptverwaltungsgebäudes der Deutschen Reichsbahngesellschaft trat am Montag vormittag die 5. Studienkonferenz mit Professoren der deutschen Universitäten und Hochschulen zusammen. **Generaldirektor Dr. Dorpmüller** führte in seiner Begrüßungsansprache aus: Zum erstenmal könne man in diesem Jahre auch Vertreter befreundeter Nationen, nämlich Ungarns und Griechenlands, begrüßen. Der Nationalsozialismus sei besonders von der Reichsbahn freudig begrüßt worden, die schon immer das Führerprinzip habe gelten lassen. Die Tradition der Reichsbahn, in der viele Beamte und Arbeiter seien, deren Väter und Großväter schon bei der Reichsbahn tätig waren, habe es erleichtert, den nationalsozialistischen Ideen Eingang zu verschaffen und mit dem Nationalsozialismus Arm in Arm zu gehen. Auch das soziale Empfinden sei bei der Reichsbahn stets stark entwickelt gewesen.

Dr. Dorpmüller sprach dann von der **verstärkten Motorisierung der Reichsbahn,** die im Laufe des letzten Jahres Platz gegriffen habe. Diese Tendenz gehe dahin, die **Geschwindigkeit weiter zu steigern.** Wir müßten dahin gelangen, **daß von Berlin aus in einem Tage alle großen Städte des Reiches angefahren werden könnten, so daß man am gleichen Tage nachmittags oder abends nach Berlin zurückkehren und inzwischen seine Geschäfte erledigen könne.**

Er machte weiter davon Mitteilung, daß die Reichsbahnhauptverwaltung am Samstag Auftrag gegeben habe, **fünf verschiedene Arten von Triebwagen durchzukonstruieren.**

Der Kampf zwischen Reichsbahn und Kraftwagen solle begraben und der Wille des Führers nach Zusammenarbeit beider Verkehrswesen verwirklicht werden. Die außerordentlich einfachen und genialen Ideen des Führers seien im Begriff, in die Tat umgesetzt zu werden. Anstatt auf die Gleise werde ein Teil des Verkehrs auf die Autostraßen gelegt und der Kraftwagen als Zubringer für die Eisenbahn benutzt werden.

Der Staatssekretär im preußischen Kultusministerium, Stuckart, überbrachte die Grüße der deutschen Hochschulen. Der enge Standpunkt, hie Praxis, hie Wissenschaft, müsse überwunden werden. Er begrüße besonders, daß hier eine enge Zusammenarbeit zwischen der Reichsbahn, dem größten deutschen Wirtschaftsunternehmen, und den deutschen Universitäten und Hochschulen Wirklichkeit geworden sei.

Roosevelts Aufbaupolitik

in den Vereinigten Staaten

Washington, 5. März. Roosevelt eröffnete am Montag die Konferenz der Direktoren der Nira-Codes, die bis jetzt bereits 600 Wirtschaftszweige, und, soweit die Zahl der beschäftigten Arbeiter in Frage kommt, 90 Prozent der industriellen Betriebe der Staaten umfassen, mit einer Ansprache. An der Tagung nehmen auch die Vertreter der noch uncodifizierten Wirtschaftszweige teil. Die insgesamt 3500 Vertreter haben sich die Aufgabe gestellt, die in den letzten acht Monaten zutage getretenen Unklarheiten und Mißstände des Code-Systems gemeinsam mit der Regierung zu beseitigen. Roosevelt erklärte u. a., er wolle die Ursache der Krise, aus der Amerika sich langsam aufrafft, durch den Wahlspruch charakterisieren: „Jeder für sich selbst, der Teufel greift den Letzten". Bereicherung auf Kosten anderer, Uebertragen einer Industrie aus einer in die andere Stadt, unlauterer Wettbewerb, schwindelhafter Aktienhandel in gigantischem Ausmaße, elende Planwirtschaft und so gut wie keine sozialen Rück-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sichten das seien die Hauptmerkmale des bisherigen System gewesen. Was seitdem zur Bekämpfung der Krise und zum Wiederaufbau der Wirtschaft getan worden sei, sei weder Kommunismus, noch Faschismus, weder Kollektivismus, sondern Anwendung der guten demokratischen Grundsätze, die in Amerika jahrelang in Vergessenheit geraten seien, als Amerika sich von Sondergruppen regieren lassen habe. Durch das Nira-Gesetz sei die Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf der einen Seite und Verteiler und Verbraucher auf der anderen Seite in die Wege geleitet worden. Die große Mehrheit des amerikanischen Volkes habe diesem neuen Ziel, das ein Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie zwischen Hersteller und Verbraucher, zwischen Unternehmer und Arbeiter sowie zwischen Einfuhr und Ausfuhr sei, begeistert zugestimmt. Er begrüße jede aufbauende Kritik, halte jedoch ein rein negatives Bekritteln des großen Werkes, das die Nation jetzt vor sich habe, für unpatriotisch. Er wolle ganz klar sagen, daß man zu den alten Methoden und den alten Verhältnissen nicht zurückkehren werde.

Die in den letzten Wochen vorgebrachten Beschwerden richteten sich auch nicht gegen die Regierung oder gegen das Nira-System, sondern gegen bestimmte Lücken in den Verordnungen und bewiesen, daß er den richtigen Weg gegangen sei. Die Industrie dürfe nicht den Gewinn, sondern die **Schaffung von Kaufkraft** als erstes und höchstes Gebot betrachten; denn 90 Prozent des Volkes lebten von Gehältern und Löhnen und deren Kaufkraft sei lebenswichtig für die gesamte amerikanische Wirtschaft.

Senkung der Arbeitslosen-Abgabe

Hamburg, 3. März. Das „Hamburger Fremdenblatt" veröffentlicht eine Unterredung des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, mit dem Berliner Vertreter des Blattes, Dr. Adolf Halfeld. Das Gespräch erstreckte sich auf Fragen der allgemeinen Steuerpolitik. Es kam dabei die Notwendigkeit zum Ausdruck, die Wirtschaft durch **Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung** weiterhin zu beleben. Besonders beschäftigt den Staatssekretär die Hebung der Kaufkraft der ärmeren Bevölkerungsschichten. Er hat dafür Maßnahmen ins Auge gefaßt, die die Oeffentlichkeit in weitestem Maße interessieren müssen. **Die Spanne zwischen Brutto- und Nettolohn erscheint ihm gegenwärtig aus verschiedenen Gründen zu hoch.** Dazu trügen nicht nur die staatlichen Abgaben bei, sondern vielfach auch die hohen Pflichtbeiträge für Organisationen usw., für deren Verringerung er sich bereits mit Nachdruck eingesetzt habe. Das Reich werde mit gutem Beispiel vorangehen. **Die Abgaben für Arbeitslosenhilfe erbringen im laufenden Rechnungsjahr rund 525 Millionen RM. Er beabsichtige nun, die Abgabe mit Wirkung ab 1. April 1934 um rund 285 Millionen RM. zu senken. Vom 1. April ab wolle er alle Einkommen von nicht mehr als 200 RM. monatlich völlig frei von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe machen. Die Einkommen von 200 bis 300 RM. monatlich sollen um 35 Millionen RM. weniger und die Einkommenstufen von mehr als 300 RM. monatlich um 25 Millionen weniger als bisher an Abgabe zur Arbeitslosenhilfe aufbringen.** Im übrigen komme die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit, die ihre große Wirkung in den Wintermonaten getan habe, am 1. April ebenfalls in Fortfall. Zum Schluß der Unterredung machte Staatssekretär Reinhardt energisch Front gegen alle Gerüchte nach einem inflationistischen oder devalvationistischen Kurs, der ein Verbrechen an der Wirtschaft darstellen würde.

Eine Kameradschaftstat

Lastenausgleich zugunsten kinderreicher Aerzte

Berlin, 3. März. In der Erkenntnis, daß gerade die deutschen Aerzte in der Familienpolitik richtung- und beispielgebend voranzugehen haben, hat der Führer der deutschen Aerzteschaft, Dr. Wagner, die **Schaffung eines Ausgleichskassensystems** veranlaßt, das am 1. April 1934 in Kraft treten wird. Danach wird bei der Hauptgeschäftsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, wie der „Völkische Beobachter" meldet, eine „Ausgleichskasse" errichtet, die sich in eine „Familienlastenausgleichskasse" und in die „ärztliche Ausgleichskasse für Notstandsgebiete" gliedert. Die letztere hat den Zweck, durch Unterstützung der Kassenärzte in wirtschaftlich notleidenden Gebieten die ärztliche Hilfe der Bevölkerung sicherzustellen. Die „Familienlastenausgleichskasse" dagegen dient dazu, bei der Verteilung des Kassenarzthonorars kinderreiche Aerzte besonders zu berücksichtigen. Vom 1. Januar 1934 ab führen sämtliche Orts-, Betriebs-, Innungs- und Ersatzkassen 3 Prozent und sämtliche Landkrankenkassen 2 Prozent der von ihnen für die Kassenärzte zu zahlenden Vergütungen an die Hauptgeschäftsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung ab. Aus diesen Beträgen zahlt dann die zentrale Familienausgleichskasse vom 1. April 1934 ab an alle Aerzte, die Mitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung sind und drei und mehr Kinder haben, **für jedes dritte und weitere Kind monatlich den Betrag von 50 RM. unmittelbar aus.** Vorläufig werden etwa 7500 Aerzte mit vier und mehr Kindern den Vorteil von dieser Regelung haben. Die Zuschüsse werden bis zum 21. Lebensjahr geleistet.

Das Auftreten von Nichtariern auf deutschen Bühnen

Berlin, 5. März. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat an die Landesregierungen folgendes Ersuchen gerichtet:

In zunehmendem Maße wird beobachtet, daß Nichtarier, die bereits verschwunden und größtenteils offenbar ins Ausland geflüchtet waren, in Theatern, Varietes, Kabaretts usw. wieder auftreten. Ich weise darauf hin, **daß das Auftreten auf deutschen Bühnen von der Zugehörigkeit zu einem der Fachverbände der Reichstheaterkammer abhängig ist** (Paragraph 4 der ersten Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz, Reichsgesetzblatt 1 Seite 797) **und daß Nichtariern die Aufnahme in diese Verbände gemäß Paragraph 10 der bezeichneten Verordnung regelmäßig verweigert wird.** Ich bitte deshalb, die Polizeibehörden anzuweisen, in allen in Frage kommenden Fällen den Nachweis der Verbandszugehörigkeit zu verlangen und wenn er nicht erbracht werden kann, das Auftreten zu verhindern. Ich stelle weiter anheim, Fälle, in denen eine Verbandszugehörigkeit nachgewiesen wird, zur Kenntnis des Präsidenten der Reichstheaterkammer zu bringen, damit der Fall einer Nachprüfung unterzogen wird.

Ich bitte um nachdrückliche Durchführung meines Ersuchens. Es darf nicht dahin kommen, daß sich das Publikum gegen das Auftreten von Elementen, von denen es bereits befreit zu sein glaubte, mit Selbsthilfe zur Wehr setzt.

Saarkundgebung auf der Leipziger Messe

Leipzig, 5. März. Im Hinblick auf die im kommenden Jahre bevorstehende Rückgliederung des Saargebiets in das deutsche Wirtschaftsgebiet veranstaltet die Saarwirtschaft zur Leipziger Frühjahrsmesse eine geschlossene Saarausstellung, um der Saarware den Weg zu ebnen. Aus Anlaß dieser Ausstellung fand am Montag eine Saarkundgebung statt, zu der neben zahlreichen in Leipzig anwesenden Saarländern eine große Anzahl Ehrengäste erschienen war. Der Präsident des Direktoriums des Leipziger Meßamts, Dr. Köhler, sprach die Hoffnung aus, daß die Saarausstellung, bei deren Zustandekommen ein Gefühl des Herzens mitgesprochen habe, der Auftakt für die dauernde Beteiligung der Saarwirtschaft an der Leipziger Messe sein möge. Hierauf gab der Präsident der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken, Karchert, ein Bild über die Wirtschaft des Saargebiets. Er erklärte es für zweifellos, daß die Abstimmung des bodenständigen Saarvolkes eine überwältigende Mehrheit für Deutschland bringen werde und wies dann an Hand von eingehendem Zahlenmaterial nach, daß auch in wirtschaftlicher Beziehung das Saargebiet trotz der unsinnigen Eingliederung der Saarwirtschaft in das französische Zollgebiet mit Deutschland verflochten sei. Eine weitschauende Planung, namentlich auch durch Vorbereitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, müsse für einen reibungslosen Uebergang sorgen. Die Sehnsucht aller Deutschen an der Saar sei die Rückkehr ins Vaterland. Oberregierungsrat Dr. Wingen verlas eine Ansprache des Vizekanzlers von Papen. Ein dreifaches Heil auf das Saarland und der gemeinsame Gesang des Liedes „Deutsch die Saar" beendeten die Kundgebung.

Unberechtigte französische Uebersetzung von „Mein Kampf"

Paris, 3. März. In Paris erregt ein Rechtsstreit großes Aufsehen, der sich zwischen dem Verlag „Nouvelles Editions Latines" und dem Verband französischer Schriftsteller zum Schutze der Autorenrechte entwickelt hat und immer schärfere Formen annimmt. Der genannte Verlag hat unberechtigterweise und gegen das ausdrückliche Verbot Adolf Hitlers eine französische Uebersetzung von „Mein Kampf" herausgebracht. Daraufhin hat sich der Präsident der Schriftstellervereinigung, Gabriel Boissy, sofort an den Verlag gewandt und Aufklärung über dessen rechtswidriges Verhalten gefordert, das eine Verletzung des internationalen Berner Abkommens zum Schutze der Autorenrechte darstellt. Der Verlagsdirektor Fernand Sorlot suchte Zuflucht zu der faulen Ausrede, daß er es für seine patriotische Pflicht gehalten habe, das Buch selbst gegen den Willen seines Autors ins Französische zu übersetzen, um es weiten Volkskreisen zugänglich zu machen. Als weitere Entschuldigung führte er an, daß Adolf Hitler dieses Buch ja ohnehin nicht um des Geldes willen geschrieben habe.

Gabriel Boissy hat diese Antwort des Verlagsdirektors in einem offenen Brief, den eine angesehene Pariser Tageszeitung veröffentlicht, in das richtige Licht gerückt. Er droht Sorlot mit einer Klage und weist daraufhin, daß die Ausreden nicht anerkannt werden können. Er forderte, daß die Franzosen an ihren Grundsätzen, daß Verträge unbedingt einzuhalten sind, festhalten müssen und nicht dulden dürfen, daß ein Landsmann diese Grundsätze verletzt. Verständlicherweise hat nicht nur die französische, sondern auch die deutsche Oeffentlichkeit das größte Interesse an dem weiteren Verlauf dieses Rechtsstreites.

Der Streit zwischen Bolivien und Paraguay

Vermittlung des Völkerbundausschusses ergebnislos

Paris, 5. März. Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires ist die „Friedensvermittlung" des Völkerbundsausschusses für den Streit zwischen Bolivien und Paraguay auf große Schwierigkeiten gestoßen, so daß der Ausschuß bereits am 6. oder 7. März seine Rückreise nach Europa antreten dürfte. Auf den Friedensvorschlag des Ausschusses habe die bolivianische Regierung bisher noch nicht geantwortet. Dazu komme, daß die Antwort Paraguays Forderungen enthalte, die die Fortsetzung der seit Anfang Januar stattfindenden Verhandlungen in Buenos Aires unmöglich machten. So habe **Paraguay folgende sechs Bedingungen** gestellt:

1. Einstellung der Feindseligkeiten. Dabei müssen noch vor Aufnahme der Friedensverhandlungen Sicherheitsbürgschaften gestellt werden.

3. Zurückziehung der Heere vom Chaco-Gebiet.

3. Ausschließliche Kontrolle der Polizeigewalt im Chacogebiet durch Paraguay.

4. Das Haager Schiedsgericht entscheidet nur über die Demarkationslinie zwischen Bolivien und Paraguay, jedoch nicht über die von Bolivien angeschnittene Gebietsfrage, deren Vorhandensein Paraguay nicht anerkennt.

5. Die vom Völkerbundsausschuß vorgeschlagene Friedenskonferenz muß zusammentreten, bevor die Frage dem Haager Gericht unterbreitet ist.

6. Die Kriegsschuld muß festgestellt werden.

Die französische Note Ende der Woche in London?

London, 5. März. Die französische Antwortnote zur Abrüstungsfrage dürfte, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald" sagt, Ende der Woche nach London gesandt werden. Es sei nicht länger daran zu zweifeln, daß sie möge sie auch in der Form noch so höflich sein, tatsächlich **die Vorschläge der britischen Denkschrift völlig ablehnen werde. Sie werde überdies weitere Verhandlungen völlig aussichtslos machen.** Es verlaute, daß Doumergue und seine Kollegen wieder alle Forderungen stellen werden, die die früheren Schwierigkeiten ergeben haben und die sich nicht wesentlich von dem Standpunkt vom Oktober vorigen Jahres entfernen.

Der französische Flieger in Münster

Münster i. W., 5. März. Der französische Flieger Costes erklärte einem französischen Pressevertreter über seine Zwischenlandung auf dem Flugplatz Münster, er habe seine ursprüngliche Absicht, nach Kopenhagen zu fliegen, wegen des schlechten Wetters und insbesondere wegen des dichten Nebels, den er auf seinem Fluge angetroffen habe, aufgeben müssen. Als er sich etwa 30 bis 40 Kilometer vor Bremen befunden habe, sei der Nebel so dicht geworden, daß er den Weiterflug für unzweckmäßig gehalten habe und deshalb umgekehrt und in Münster gelandet sei, um hier besseres Wetter abzuwarten. Die Tatsache, daß er vermißt worden sei, habe ihn sehr überrascht. Er rühmte die Behandlung, die er in Deutschland erfuhr.

Kampf um Rosenburg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hollstein.

101. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie wollen . . .! Nein, Sie sollen erst richtig gesund werden!"

„Das kann ich nur auf Rosenburg, Else! In der Stille! Ich habe Heimweh! Aber eins müssen Sie mir versprechen, Else . . . daß Sie auf Rosenburg bleiben . . ., immer!"

„Ob ich es kann, Herr von Kamerlingk?"

„Else . . . ich habe einst durch meine Liebe tiefes Leid erfahren. Ich sehne mich danach, daß mir einst durch die Liebe . . . das Glück wird. Ich weiß heute, nach dem großen Schmerz, den mich das Schicksal leiden ließ, mehr denn je . . . was Glück heißt. Else . . . uns beide hat das Schicksal füreinander bestimmt. Ich will ehrlich um Katja trauern. Du weißt, wie ich sie geliebt habe . . . aber wenn ein Jahr herum ist, dann will ich mit dir zum Altar treten. Willst du dann mein Weib werden?"

Das blonde Haupt sank nieder.

Schweigend standen die beiden Menschen.

„Else?"

Da hob sie die Augen und sah ihn an. Es war ihm, als schaue er in eine Unendlichkeit von Liebe und Hingebung.

„Du . . . !" sagte das Mädchen. „Ich wußte, daß du mich fragen würdest . . . denn ich habe dich geliebt von der ersten Stunde an, und ich habe an mein Glück geglaubt. Ich will beten, daß die Tote den Lebenden nicht grollt, wenn sie . . . nach dem höchsten Glück tasten."

„Sie wird nicht grollen, Else!" sagte der Mann und schlang seinen Arm um das Mädchen.

Sie küßten sich nicht in dem Augenblicke.

Die Liebe war in ihnen. Ihre Seelen schlugen zusammen einen Schlag.

Und das war ihnen genug.

*

Als Willfried mit Else in Berlin eintraf, da sah er, wie hocherfreut der Vater war, und er spürte an der starken Herzlichkeit, mit der der Vater das Mädchen willkommen hieß, auch, daß sie ihm eine liebe Schwiegerochter war.

„Vater," sagte er gleich zu Anfang, „ich muß es dir gestehen . . . wenn das Trauerjahr vorüber ist, dann will ich mit Else vor den Altar treten. Rosenburg braucht eine Herrin, und . . . in meinem Herzen ist so viel Sehnsucht nach Glück . . ."

Kamerlingk faßte die Rechte seines Sohnes mit beiden Händen drückte sie stark und sagte überwältigt: „Ja, Willfried . . . du hast recht!"

Dann ging er auf Else zu und zog sie an sich.

„Meine Tochter!" sagte er weich. Alle Liebe lag in den beiden Worten.

*

Im kommenden Jahre aber als die Ernte eingebracht war, da gab es für Gut und Dorf Rosenburg eine große Feier.

Der junge Herr führte Else Schaffranz heim.

Gothe und Käthe waren schon einige Monate verheiratet.

Das war ein Fest, von dem die Gegend lange sprechen wird. Alle waren sie Gäste, Drei Tage lang ging es hoch her.

Sonst hatte Herr von Kamerlingk keine Gäste geladen.

Schaffranz Sohn war gekommen. Die Frau war in ihrem Trotz beharrt, trotzdem Schaffranz vollkommen rehabilitiert war; sie bestand auf der Scheidung, und Schaffranz gab resigniert nach.

Im engeren Kreis waren sonst noch die Mamsell mit ihrem Gatten, dem braven Feldwebel Lehmann, Bogislav von Waslewski, der Pfarrer und einige Bauern aus Rosenburg anwesend.

Den Trinkspruch brachte Hellmer Gothe aus.

In herzlichen Worten wünschte er dem jungen Paare Glück. Zum Schluß seiner Rede sagte er:

„Will und ich, wir sind Ferunde. Er lieh dem Freunde einst für seine Experimente 100 000 Mark und kaufte ihm ein Gut für 50 000 Mark. Seinen Vater ließ er glauben, daß er in den Jahren, da er die Welt bereiste, namenlos verschwendet hätte. Lieber Schwiegervater, es war nicht der Fall. Ich habe Willfried prüfen wollen, woran ihm mehr lag, an dem Gelde oder der Freundschaft. An der Freundschaft lag ihm alles. Obwohl ich zu ihm kam und meldete, daß meine Versuche ergebnislos waren, nahm er mich genau so herzlich auf. Heute aber soll die Wahrheit an das Licht . . . meine Versuche, den Boden mit Hilfe hochgespannter erdmagnetischer Ströme zu verbessern, sind geglückt. Das Sumpfgut, das Willfried einst für einen Pappenstiel kaufte, es ist ein Erwerbsgut geworden. Es gehört Willfried . . . das soll das Hochzeitsgeschenk Hellmer Gothes sein. Der Freund dankt damit dem Freunde und Schwager."

Kommerzienrat von Kamerlingk konnte vor Bewegung nicht antworten.

Er wechselte einen Blick mit Schaffranz, der sich erhob und mit ernster Stimme sagte: „Meine Kinder . . . meine Freunde . . . euer Glück ist so groß . . . haltet es fest . . . erschafft es euch jeden Tag aufs neue. Schafft . . . euch und allen zur Freude. Darauf laßt uns dieses Glas trinken."

Hell klangen die Gläser.

Die kleine erlesene Kapelle begann zu spielen.

Ein wunderschönes Lied der Liebe.

Willfried und Hellmer wechselten einen Blick miteinander. Stumm drückten sie sich die Hand.

Wahr und wahrhaftig . . . das waren Männer . . ., die waren gut geraten.

Und alle fühlten . . . sie würden das Glück mit ihren Händen festhalten.

Glückauf!

— Ende —

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Festkrawatte zum Festanzug

Berlin, 3. März. Von der Reichszeugmeisterei der NSDAP. ist zum Festanzug der Deutschen Arbeitsfront neben der Festmütze auch die Festkrawatte festgelegt worden. Es soll ein einheitlicher Binder hergestellt werden ein „Originalbinder", der eine besonders glatte Webart des Stoffes aufweist. Die Festkrawatte wird in fünf Ausführungen herausgegeben. Die für die Zulassung zum Vertrieb der Stoffe und Krawatten vorgesehenen Zulassungsverträge werden von der Reichszeugmeisterei fertiggestellt. Die Reichszeugmeisterei will den „Originalbinder" mit einer Siegelmarke zeichnen und die Krawatten durch die zugelassenen 10 000 Uniformverkaufsstellen vertreiben lassen. Die Binder dürfen nur mit dem erwähnten Etikett vertrieben werden.

Weitere Geschäftsbelebung durch Ehestandsdarlehen

Berlin, 5. März. Um jeden Zweifel auszuschließen, teilt der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, mit, daß die gegenwärtige Unterbrechung in der Aufgabe von Begebungsbescheiden der Ehestandsdarlehen nur bis zum 31. März 1934 dauern wird und daß sofort nach Ostern mit der Aufgabe von Begebungsbescheiden der Ehestandsdarlehen wieder begonnen werden wird. **Es werden im neuen Haushaltsjahr, das ist in der Zeit vom 1. April 1934 bis 31. März 1935, etwa 250 000 Ehestandsdarlehen gewährt werden.** Es besteht infolgedessen für die Tischler, Möbelhändler und Verkaufsstellen von Hausgeräten begründeter Anlaß sich auf eine Fortdauer der Geschäftsbelebung einzustellen.

Das Urteil im Kölner Handwerkskammer-Prozeß

Köln, 5. März. Am Montag mittag wurde in dem Kölner Handwerkskammerprozeß das Urteil verkündet. Der Angeklagte **Dr. Engels** wurde wegen fortgesetzter genossenschaftlicher Untreue sowie wegen Bilanzverschleierung zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren Gefängnis, 500 RM. Geldstrafe und zur Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter verurteilt. Es wurden weiter verurteilt: der Angeklagte **Welter** zu zwei Jahren Gefängnis und 200 RM. Geldstrafe, der Angeklagte **Pesch** zu einem Jahr einem Monat Gefängnis und 200 RM. Geldstrafe, der Angeklagte **Thomas Esser** wegen genossenschaftlicher Untreue und Untreue, wegen Beihilfe zur Untreue und wegen Bilanzverschleierung zu sieben Monaten Gefängnis und 200 RM. Geldstrafe. Der Angeklagte Stelzmann wurde freigesprochen. Thomas Esser, der in diesem Prozeß verurteilt wurde, war in früheren Reichstagen wiederholt Vizepräsident.

Explosion auf einem amerikanischen Flugplatz

Zehn Militärflugzeuge zerstört

Fort Leavenworth (Kansas), 5. März. Auf dem hiesigen Flugplatz ereignete sich **eine geheimnisvolle Explosion, die einen großen Brand zur Folge hatte. Es wurden zehn Militärflugzeuge sowie eine Flugzeughalle zerstört** und umfangreiches wissenschaftliches Material schwer beschädigt. Der Schaden wird auf eine halbe Million Dollar geschätzt. Diese aufsehenerregenden Vorgänge werden auf die kürzlich von Roosevelt erlassene Anordnung zurückgeführt, daß eine Untersuchung über die Beschuldigungen der Sabotage von Militärflugzeugen vorgenommen werden sollte.

Der Gefängnis-Skandal Dillinger

Neuyork, 5. März. Die Montagmorgen-Presse berichtet über die Flucht Dillingers neue Einzelheiten. Die Blätter behandeln diesen Gefängnis-Skandal in mehreren Spalten. Am Montag früh waren **ein halbes Armeekorps, ferner Polizei und Miliztruppen auf den Beinen, um den Ausbrecher wieder einzufangen.** Es ist nun bekannt geworden, daß Dillinger seinen „Revolver" aus einem Rasierapparat, zwei Rasierklingen und einem selbstgeschnitzten Holzstück hergestellt hatte. Dillinger hatte es vor seiner Flucht auch fertig gebracht, alle Gefängniskraftwagen, die für seine Verfolgung in Frage kamen, unbrauchbar zu machen. Die Polizei vermutet, daß Dillinger Helfershelfer hatte.

Barmat aus Holland ausgewiesen

Amsterdam, 5. März. Die aufsehenerregende Aufdeckung der Beziehungen zwischen den Gebrüdern Barmat und Stavisky sowie die Feststellung umfangreicher unlauterer Spekulationsmanöver der Barmats und ihrer Agenten in Holland hat die niederländische Regierung veranlaßt, die Ausweisung von Julius Barmat zu verfügen. Wie verlautet, hat Julius Barmat bereits vor einigen Wochen seine Uebersiedlung nach der Tschechoslowakei vorbereitet.

Wie ferner bekannt wird, haben sich verschiedene mit Julius Barmat befreundete Personen auch für eine neue Aufenthaltsgenehmigung Barmats in Belgien bemüht. Aber auch dort hat man sehr energisch und durchaus eindeutig abgelehnt. Von offizieller Brüsseler Seite wurde mitgeteilt, daß Julius Barmat unter keinen Umständen nach Belgien zugelassen werde, auch dann nicht, wenn er sich bereit erklären sollte, seine gewaltigen Schulden, die sich auf rund 60 Millionen Franken belaufen, zu begleichen.

Begegnung zwischen König Boris und König Alexander

Belgrad, 5. März. Auf der Rückreise von Berlin nach Sofia hatte König Boris eine Zusammenkunft mit König Alexander von Südslawien. Auf der Station Mladenowatz, 50 Kilometer von Belgrad, stieg König Alexander in den Orientexpreß und begleitete König Boris bis zur nächsten Station Tschuprija. Beide Könige blieben miteinander ungefähr eine Stunde im Gespräch. Obwohl in einer amtlichen Mitteilung der private Charakter dieses Zusammentreffens betont wird, nimmt man in politischen Kreisen an, daß sich die Unterhaltung um den Balkanpakt und um Fragen der großen europäischen Politik gedreht hat.

Führergrundsatz im Handwerk durchgeführt

Kassel, 5. März. Die zum Reichskongreß in Kassel versammelten Präsidenten der Handwerkskammern aus dem ganzen Reich haben sich bereit erklärt, dem Führergrundsatz im Handwerk zum Durchbruch zu verhelfen. Zu diesem Zweck unterzeichneten sie eine Erklärung, derzufolge sie jederzeit bereit sind, ihr Amt als Präsident dem Reichshandwerksführer bedingungslos abzutreten und gleichzeitig auf die Geltendmachung irgend welcher Ansprüche zu verzichten.

Letzte Nachrichten

Unzutreffende Darstellungen

Berlin, 5. März. In der Oeffentlichkeit ist verschiedentlich behauptet worden, daß für die Durchführung des Hilfwerkes „Mutter und Kind" eine Lotterie eingerichtet werden würde. Das ist nicht der Fall; genau so wenig, wie die Darstellung richtig ist, der Eintopfsonntag würde nach Beendigung des Winterhilfswerks weitergeführt.

Selbstauflösung des österreichischen Landbundes?

Wien, 4. März. Vizekanzler Dr. Winkler hat sich, wie verlautet, von der Tätigkeit in der Reichsparteileitung des Landbundes zurückgezogen. Ferner soll der Sitz der Parteizentrale von Wien nach Wels verlegt werden. Dieser Entschluß wird als ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Selbstauflösung der in Oesterreich noch vorhandenen Parteien, besonders des Landbundes, aufgefaßt.

Die Cholera-Epidemie auf den Philippinen

Tokio, 4. März. Nach hiesigen Informationen nimmt die Cholera auf den Philippinen einen immer größeren Umfang an. **Die Zahl der Toten soll bereits 500 betragen.** 2000 Krankheitsmeldungen sind bisher zu verzeichnen. Zur Bekämpfung der Epidemie sind alle erdenklichen Maßnahmen getroffen. An einzelnen Punkten sind Quarantänestationen errichtet worden.

Der neue Hamburger Landesbischof

Hamburg, 5. März. Die Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staat trat zu einer dringlichen Sitzung zusammen. Der Präsident der Synode, Professor Dr. Fabian, berief unter stürmischem Beifall der Synodalvertreter den Oberkirchenrat Pastor Franz Tuegel zum Landesbischof, nachdem er ihn in einer längeren Ansprache als treuen und tapferen Vorkämpfer der nationalsozialistischen Bewegung in Volk und Kirche gekennzeichnet hatte.

Sämtliche Frauen und Kinder von Tscheljuskin gerettet

Moskau, 5. März. Dem Flieger Ljapidewski und seinem Begleiter Petkoff, die mit dem Großflugzeug Amt 4 von Kap Wellen zur Rettung der Tscheljuskin-Expedition aufgestiegen waren, ist es gelungen, auf einem vorbereiteten Platz vor dem Tscheljuskin-Lager zu landen und sämtliche im Lager befindlichen zehn Frauen und zwei Kinder wohlbehalten nach Kap Wellen zu bringen.

Rettungsarbeiten für die ins Kaspische Meer abgetriebenen Fischer vor dem Abschluß

Moskau, 5. März. Von den Fischern, die auf Eisschollen ins Kaspische Meer abgetrieben worden waren, ist eine größere Anzahl gerettet worden. Unter anderem brachte der Flieger Bragin drei Mann an Land, die etwa einen Monat auf einer treibenden Eisscholle zugebracht hatten. Es befinden sich jetzt noch 84 Fischer auf dem Eise, die man durch Zusammenarbeit von Dampfern und Flugzeugen in den nächsten Tagen retten zu können hofft.

Württemberg

Einrichtung einer nationalpolitischen Erziehungsanstalt in Württemberg

Vorbehältlich der Verabschiedung der erforderlichen Mittel wird zu Beginn des Schuljahres 1934/35 in den Räumen der **Lehrerbildungsanstalt in Backnang eine nationalpolitische Erziehungsanstalt für die männliche Jugend** eröffnet werden. Sie hat in besonderem Maße die Aufgabe, durch eine dem Wesen des neuen Staates entsprechende charakterliche, körperliche und geistige Schulung einen Führernachwuchs für verantwortliche Mitarbeit in Staat, Wirtschaft und Heer heranzubilden. Die Anstalt ist mit einem Schülerheim verbunden, wird zunächst nur die Oberstufe einer höheren Lehranstalt (von Klasse 7 an) umfassen und im wesentlichen den Lehrplan der Oberrealschule befolgen. Aufgenommen werden Schüler aus dem ganzen Lande mit entsprechender Vorbildung, die nach ihrer geistigen und körperlichen Reife, nach ihrem Charakterwert und ihrer nationalen Zuverlässigkeit den Anforderungen entsprechen, die im Hinblick auf die Zweckbestimmung der Anstalt gestellt werden müssen.

Meldungen um Aufnahme in diese Anstalt sind durch die Rektorate der bisher besuchten höheren Schulen einzureichen. Näheres enthält die amtliche Bekanntmachung im Staatsanzeiger vom 3. März 1934 Nr. 52.

Erlaß des Wirtschaftsministeriums über die Hagelversicherung

Stuttgart, 5. März. Der württembergische Staat hat mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin ein Abkommen getroffen, wonach die Gesellschaft dem Wirtschaftsministerium das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung der württembergischen Prämientarife sowie des Einblicks in ihre gesamte Geschäftsführung eingeräumt und sich verpflichtet hat, alle württembergischen Landwirte auf Antrag gegen Hagelschaden zu versichern. Die Gesellschaft erhebt von ihren württembergischen Mitgliedern für das Jahr 1934, wie im Vorjahr, zusammen mit der Vorprämie einen Zuschlag von 80 Prozent der Vorprämie zugunsten des württ. Staats, der die Nachschußpflicht gegenüber der Gesellschaft übernommen hat. Die württembergischen Mitglieder der Gesellschaft sind damit von jeder Nachschußpflicht befreit. Es muß erwartet werden, daß von dieser außerordentlich günstigen Gelegenheit des Versicherungsschutzes gegen Hagelschaden in größtem Ausmaße Gebrauch gemacht wird. Die letzten Jahre haben dem Landwirt die Größe und Schwere des wirtschaftlichen Schadens von Hagelschlägen leider nur zu deutlich vor Augen geführt. Die schwierige Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, macht eine Versicherung gegen Hagelschaden besonders notwendig, da ein großer Teil der Landwirte einen Ernteausfall, wie ihn ein schwerer Hagelschlag zur Folge hätte, kaum zu überwinden vermöchte. Die Gewährung staatlicher Unterstützung oder staatlicher Hilfsmaßnahmen zugunsten nicht oder ungenügend versicherter, durch Hagel geschädigter Landwirte kann bei den weitgehenden Staatsleistungen für die Hagelversicherung nicht mehr in Frage kommen.

Der Wirtschaftsminister auf Tagungen

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Wirtschaftsminister Dr. Lehnich war in seiner Eigenschaft als Gauwirtschaftsberater bei der Tagung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. am 2. und 3. März d. J. in Bad Lausick. Anschließend nahm er an der Eröffnung der Leipziger Messe teil und besuchte eine Reihe württembergischer Aussteller.

Weihe der Fahnen der Württ. Landespolizei

Stuttgart, 5. März. Am Donnerstag, den 8. März 1934 — dem Jahrestag der Flaggenhissung auf den Polizeikasernen —, findet um 12 Uhr mittags die feierliche Weihe der Fahnen der Württ. Landespolizei durch den Reichsstatthalter im Hofe des Neuen Schlosses statt. Nach dem Vorbeimarsch wird die Landespolizei mit der Fahnenhundertschaft an der Spitze über die Königstraße in die Moltkekaserne marschieren. Zur Erinnerung an den 8. März 1933, an dem die Württ. Landespolizei durch Hissen der Hakenkreuzfahnen auf den Kasernen sich offen zum nationalsozialistischen Staat bekannt hat, werden künftighin an jedem 8. März auf den Württ. Polizeikasernen die Hakenkreuzfahne und die Fahne schwarz-weiß-rot gehißt werden.

Die Ludwigsburger Wehrwoche

10.—13. März

In allen Kreisen der Bevölkerung ist die Anteilnahme an der Ludwigsburger Wehrwoche lebendig geworden. Die Uebungen und die Vorbereitungen, die jetzt vor der Südfront des Schlosses begonnen haben, ziehen immer wieder Neugierige an. Man erkennt deutlich, daß es sich diesmal um eine groß angelegte Veranstaltung handelt, um eine zielbewußte Volksaufklärung und Propaganda. Oberst Ruoff, Standortältester und Kommandeur des 13. (Württ.) Inf.-Regts. hat durch den Gedanken einer solchen Wehrwoche sich ein großes Verdienst erworben und der große Widerhall, den die Darbietungen finden werden, sind ihm ein Beweis, daß er das Rechte getroffen und einem lebhaften Bedürfnis entsprochen hat. In den Kasernen ist reges Leben, und Offiziere und Mannschaften freuen sich, die Beziehungen zur Bevölkerung enger zu knüpfen und ihr Bestes zu zeigen.

An den Vormittagen des 10., 11., 12. und 13. März von 8 bis 13 Uhr ist Gelegenheit zur Besichtigung der Kasernen und militärischen Ausstellungen gegeben. Für Schulen und geschlossene Verbände finden besondere Führungen statt.

Es werden gezeigt: In der Arsenalkaserne — Infanterie —, in der Wilhelmskaserne — schwere Maschinengewehre und Minenwerfer —, in der Königin-Olga-Kaserne — Kavallerie und Veterinärwesen —, in der Karlskaserne — Artillerie —, im Standortlazarett — Sanitätswesen —. Während diesen Besichtigungen können aus den Feldküchen Kostproben entnommen werden. An allen Tagen finden in der Zeit von 11.30—12.30 Uhr auf dem Arsenalplatz, in der Karlskaserne und Königin-Olga-Kaserne Platzkonzerte statt und geben so einen festlichen Rahmen.

Am Samstag, den 10. März, 14.30 Uhr ist vor dem Schloß die Hauptprobe für die militärischen Vorführungen. Zuschauer sind Schulen und geschlossene Verbände. Am Sonntag um 14.30 Uhr militärische Vorführungen im Schloßgarten (wie am Samstag) für die breite Oeffentlichkeit. Am Montag finden keine Vorführungen statt, dafür können von 14—18 Uhr die Kasernen und Ausstellungen besichtigt werden. Am Dienstag, den 13. März, am Haupttag des Ludwigsburger Pferdemarktes, von 14.30—17.30 Uhr militärische Vorführungen im Schloßgarten. An dieser Veranstaltung werden Vertreter der Württ. Regierung und hohe militärische Führer, Ehrengäste und die Vertreter der Presse teilnehmen.

Es empfiehlt sich für alle Vorführungen rechtzeitig die Karten im Vorverkauf zu besorgen. Nur die im Vorverkauf erworbenen Karten sind numeriert. Die Preise sind so niedrig gehalten, daß jedem Volksgenossen die Teilnahme möglich sein wird. Kinder unter 14 Jahren zahlen die Hälfte. Das Standortkommando treibt ferner praktische bevölkerungspolitische Propaganda, indem es Kinderreiche bevorzugt. Kinderreiche Familien zahlen für das 3. Kind und weitere Kinder nichts.

Die Vertreter der Presse versammeln sich am Freitag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, im Standortoffiziersheim in Ludwigsburg (Arsenalplatz) zu einer Pressekonferenz. Im Anschluß daran findet für die Presse eine besondere Führung durch die Kasernen und Ausstellungen statt. Eine besondere Einladung ergeht nicht. Am 7. März, abends 17.30 Uhr, wird im Süddeutschen Rundfunk Major Seeger über die Ludwigsburger Wehrwoche sprechen.

Vor den Kasernen stehen in diesen Tagen Doppelposten in den Uniformen der Traditionstruppenteile aus dem Jahre 1913. Möge die Ludwigsburger Wehrwoche ein recht enges Band um die Kämpfer des alten Heeres und die Soldaten der jungen Wehrmacht schlingen, möge die breite Oeffentlichkeit freudigen Anteil nehmen an der Arbeit unseres Reichsheeres und viele Freunde herbeiführen ins schwäbische Potsdam.

Stuttgart, 5. März. (Reit- und Springturnier.) Der Nennungsschluß für das Reit- und Springturnier in der Stadthalle, hat ein ausgezeichnetes Ergebnis gebracht. Für über 300 Pferde wurden rund 700 Nennungen abgegeben. Neben den bekanntesten Dressur- und Springreitern des Reiches, werden die Reichswehr, die Schutzpolizei, die Württ. Reitervereine, sowie die Reitereinheiten der SA. vielfach in Erscheinung treten. Das umfangreiche Programm wird in 5 öffentlichen Vorstellungen: Freitag, den 16. März, Samstag, den 17. und Sonntag, den 18. März abgewickelt.

Todesfall. Montag ist im Marienhospital Domkapitular Msgr. Max Rau gestorben. Er war geboren am 1. Mai 1876 in Horb und wurde am 2. Mai 1899 zum Priester geweiht. Nach unständiger Verwendung wurde ihm die Boromäus-Kaplanei bei St. Eberhard in Stuttgart übertragen. 1913 erfolgte die Ernennung zum Oberpräzeptor (Religionslehrer) am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart. 1917 wurde ihm die Stadtpfarrei Heilbronn übertragen, 1922 die Stadtpfarrei St. Maria in Stuttgart. Nach der Zuruhesetzung von Prälat Mangold wurde er zum Dekan des Kapitels Stuttgart gewählt. Am 29. Juni 1932 berief ihn Bischof Dr. Sproll ins Domkapitel nach Rottenburg.

Aus dem Lande

Fellbach, 5. März. (Motorradunfall.) Am Samstag nachmittag stieß ein in Winnenden wohnhafter Motorradfahrer mit voller Wucht auf einen vor ihm fahrenden Personenkraftwagen. Der Motorradfahrer erlitt einen schweren Schädelbruch, sein Beifahrer nur leichtere Verletzungen.

Ludwigsburg, 5. März. (Wiedersehensfeier.) Am Sontag, den 27. Mai ds. Js., findet in Ludwigsburg aus Anlaß der vor 125 Jahren erfolgten Gründung des früheren Ulanen-Regimentes König Wilhelm I. (2. Württ.) Nr. 20 eine Wiedersehensfeier aller ehemaligen Gelben Ulanen statt, verbunden mit einer Ehrung der im Weltkrieg gefallenen Kameraden.

Markgröningen, OA. Ludwigsburg, 5. März. (Todesfall.) Am Samstag starb im Alter von 59 Jahren Oberleutnant a. D. Richard v. Menoth. Er war früher Leutnant im Infanterie-Regiment Alt-Württemberg Nr. 121 und hatte dann zwei Jahre lang den Feldzug in China als Oberleutnant mitgemacht. Im chinesischen Feldzug zog sich der junge Offizier eine Erkrankung zu, die ihn nötigte, sich in den Ruhestand zu begeben.

Besigheim, 5. März. (Berufung.) Der seitherige Stadtvorstand, Bürgermeister Hayer, der seit Herbst 1924 die Geschicke der Stadt Besigheim geleitet hat, ist zum Stadtvorstand in Ebingen ernannt worden.

Heilbronn, 5. März. (90. Geburtstag.) Professor Hugo Heermann (geb. zu Heilbronn am 3. März 1844) feierte in voller Rüstigkeit sein 90. Geburtstagsfest in Meran an der Seite seiner Gattin. Elfjährig spielt er vor Rossini und entzückt den großen Meister so mit seinem Spiel, daß er dem kleinen Heilbronner Fabrikantensohn einen **Freiplatz an der 1855 bedeutendsten Geigerschule der Welt,**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

dem Konservatorium in Brüssel, verschaffte. Er wurde Künstler! Drei Jahrzehnte lang wirkte er als Professor in Frankfurt. Als Erster brachte er Brahms Violinkonzert nach Frankfurt.

Kirchheim a. N., 5. März. (25 Jahre Bürgermeister.) Vor 25 Jahren hat Bürgermeister Himmelein hier sein Amt als Ortsvorsteher angetreten, nachdem er zuvor bereits 10 Jahre Schultheiß im benachbarten Hohenstein war. Der Gemeinderat hielt eine Festsitzung ab. Als äußeres Zeichen der Wertschätzung wurde Himmelein ein schöner Lederlessel überreicht.

Kiebingen, OA. Rottenburg, 5. März. (Ueberfahren.) Zwei Kinder des Josef Geiger, der etwa vier Jahre alte Erich und dessen fünfjähriges Schwesterchen liefen direkt in ein Fuhrwerk hinein, wobei der Knabe so schwere Verletzungen erlitt, daß er nach etwa einer halben Stunde verschied. Das Mädchen kam mit leichten Verletzungen davon.

Schwäb. Hall, 5. März. (3000 RM. Belohnung.) Der Bezirk Hall wurde seit Juli vergangenen Jahres durch eine Serie von Bränden heimgesucht. Trotz angestrengtester Nachforschungen sind die Brandursachen noch nicht aufgeklärt. Bei der Regelmäßigkeit der Brände besteht der Verdacht, daß sie durch einen oder mehrere Brandstifter gelegt wurden. Die Gebäudebrandversicherungsanstalt hat nun auf die Ermittlung oder Ueberführung der Urheber eine Belohnung von je 3000 RM. ausgesetzt.

Rottweil, 5. März. (Keine Ueberschreitung.) Im Dezember stand Hauptlehrer Angler-Trossingen (früher in Denkingen) vor der Strafkammer in Rottweil unter der Anklage der Ueberschreitung des Züchtigungsrechts. Angler wurde zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil hat Angler Berufung eingelegt. Bei der Berufungsverhandlung vor der Großen Strafkammer wurde Hauptlehrer Angler freigesprochen.

Friedrichshafen, 5. März. (Amtseinsetzung.) Unter Anteilnahme aller Schichten der Einwohnerschaft konnte am Samstag Friedrichshafen die Feier der Amtsübernahme des ersten nationalsozialistischen Bürgermeisters begehen. Das neue Stadtoberhaupt Pg. Walter Bärlin, wurde am Bahnhof feierlich eingeholt. Im Anschluß daran fand im Sitzungssaal des Rathauses in Anwesenheit der geladenen Gäste, unter ihnen auch die drei Ehrenbürger Dr. Eckener, Dr. Dürr und Dr. Maybach der Akt der Amtseinsetzung statt. Nach der Begrüßung durch Amtsverweser Rechnungsrat Eitel ergriff Präsident Dr. Kiapp das Wort zur Verpflichtung des künftigen Stadtvorstandes. Der neue Führer der Gemeinde dankte der Regierung für das erwiesene Vertrauen, das zu rechtfertigen ihm eine innere Verpflichtung sei. Die Fülle der Glückwunschreden eröffnete Innenminister Dr. Jonathan Schmid. Nach einem Hinweis auf die in Württemberg zuallererst erfolgte Reform der Gemeindeverfassung, deren wesentlichstes Stück eine Abänderung der Rechtsstellung des Ortsvorstehers und auch des Gemeinderats ist, wodurch erreicht werden muß, daß auch in den Gemeinden in nationalsozialistischem Sinne regiert wird, betonte der Minister weiter, daß die Gemeinde auf Grund der dankbar anzuerkennenden Leistung des früheren Bürgermeisters in guter Ordnung sei. Er forderte das neue Stadtoberhaupt auf, nicht nur das Uebernommene zu verwalten, sondern mit der unaufhaltsam wachsenden Gemeinde, die durch ihre Werke Weltruf habe, mitzumachen und ihr auch als Gemeinwesen den besten Ruf zu wahren und zu erhalten.

Leutkirch, 5. März. (Tödlich verunglückt.) Bei Umbauarbeiten an einer Hochspannungsleitung bei Egelsee OA. Leutkirch befand sich der 42jährige verheiratete Monteur Johann Feurer aus Brockenzell OA. Tettnang auf einem Holzmast. Nach dem Losbinden der Drähte kam der Mast, dem keinerlei Schäden anzusehen waren, ins Schwanken und stürzte mit dem Monteur um. Beim Aufprall auf dem Boden wurde Feurer die Schädeldecke zertrümmert, was seinen sofortigen Tod herbeiführte. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und zwei unmündige Kinder.

35 000 Erbhöfe in Württemberg

Ulm, 5. März. Bei einer hier stattgehabten Bauernkundgebung teilte Landesbauernführer Arnold mit, daß die Zahl der Erbhöfe in Württemberg 35 000 und in ganz Deutschland 500 000 betrage. In den letzten Tagen sei es gelungen, in Mecklenburg eine 4500 Morgen große Siedlung durch die Nordsiedlung zu erwerben, die etwa 400 bis 500 württembergischen Bauernsöhnen einen Erbhof sichere.

Aus dem Gerichtssaal

Ein leichtsinniger Kraftfahrer

Leipzig, 5. März. Als der Kraftwagenführer Arnold Klemm aus Tuttlingen am Abend des 16. September 1933 mit seinem geschlossenen Sechssitzer nach Stuttgart fuhr, hatte er an der Einmündung der Taubentalerstraße auf die von ihm benutzte Staatsstraße einen folgenschweren Zusammenstoß, riß einen die Kreuzung nehmenden Motorradfahrer zu Boden und schleifte ihn 13,50 Meter weit. Der Kraftradführer, der Schreinermeister Lutz, wurde dabei getötet, während sein vom Soziussitz geschleuderter Lehrling schwere Verletzungen erlitt.

Klemm wurde von der Rottweiler Strafkammer zu 300 RM. Geldstrafe verurteilt. Dieses Urteil wurde nunmehr vom Reichsgericht durch Verwerfung der vom Angeklagten eingelegten Revision rechtskräftig bestätigt.

Gefängnisstrafe wegen Störung des Gottesdienstes

Berlin, 5. März. Wegen ungebührlichen Benehmens und gewaltsamer Störung des Gottesdienstes in der St. Hedwigkirche am 1. März wurde der 26jährige Student der Theologie Paul Festag aus Braunsberg (Ostpreußen) vom Schnellrichter zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. Festtag wurde zur Verbüßung der Strafe sofort in Haft genommen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Neue Spende des Kyffhäuserbundes. Der Kyffhäuserbund hat für das Winterhilfswerk eine weitere Spende in Höhe von 10 000 RM. an das Finanzamt Charlottenburg-Ost überwiesen.

Zur britischen Faschistischen Union übergetreten. Das frühere sozialistische Unterhausmitglied John Beckett ist der britischen Faschistischen Union beigetreten. Er begründet seinen Schritt mit dem „Tiefstand der parlamentarischen Arbeiterpartei", den Mitgliedern Bequemlichkeit, Postenjägerei und Schlappheit vorwirft.

Absturz eines Sportflugzeuges. Am Sonntag stürzte das Sportflugzeug D. 2298 in der Nähe von Johannistal ab. Der Führer des Flugzeuges war der Flugschüler Stiller, der seinen 50. Alleinflug ausführte. Mit einem Schädelbruch wurde er schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Autounglück bei Koburg. Ein Autounglück ereignete sich in der Nacht zum Montag in der Nähe des Ortes Cortendorf. Ein Personenauto aus Kronach fuhr gegen einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Von den 4 Insassen wurden die etwa 39 Jahre alte Schauspielerin Schaeferlein, eine geborene Koburgerin, getötet und 3 Herren namens Beier, Weiß und Windisch aus Kronach schwer verletzt.

Zwei Berliner U-Bahn-Angestellte überfahren. Montag früh ereignete sich im Tunnel am U-Bahnhof Uhlandstraße ein schwerer Betriebsunfall, der zwei Todesopfer forderte. Zwei U-Bahn-Angestellte waren mit der Kontrolle der Weichen beschäftigt. Sie bemerkten dabei nicht das Herankommen eines Zuges, der sie erfaßte und überfuhr.

Kesselexplosion auf einem chinesischen Dampfer. Auf dem chinesischen Dampfer „Cholun" ereignete sich auf der Fahrt zwischen Tschufu und Tsingtau eine Kesselexplosion. Das Schiff wurde so schwer beschädigt, daß es innerhalb weniger Minuten zu sinken begann. An Bord entstand eine Panik. Da die Rettungsboote in der Eile nicht klar gemacht werden konnten, sprangen Passagiere und Besatzung schließlich über Bord. 66 Personen gelang es, sich durch Schwimmen zu retten; 32 sind ertrunken.

Riesenbrand in japanischem Badeort. In dem Badeort Atami ist ein Brand ausgebrochen, der mit riesiger Schnelligkeit um sich griff und mehrere große Hotelgebäude zerstört hat. Nach riesigen Anstrengungen ist es der Feuerwehr in den frühen Morgenstunden gelungen, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Fünf Personen bei einem Hotelbrand ums Leben gekommen. In der Stadt Worcester im Staate Massachussets brach in einem Hotel aus unbekannter Ursache Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. 5 Personen fanden den Tod in den Flammen; 12 erlitten schwere Verletzungen.

180 Häuser eingeäschert. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in einem Dorfe bei Kutais (Kaukasus) ein Brand entstanden, der 180 Häuser einäscherte. Ob Menschenleben zu beklagen sind, ist zur Zeit noch nicht bekannt.

Neue Regierung in Vorarlberg. Der Vorarlberger Landtag wählte die neue Landesregierung, die sich nunmehr aus 6 Christlich-Sozialen und einem Vertreter der Heimatwehr zusammensetzt und auf berufsständischer Grundlage aufgebaut ist. Weiter nahm der Landtag ein Gesetz an, welches das Gesetzgebungsrecht an den Landeshauptmann überträgt.

Verbot des Tragens von Blauhemden. Der irische Landtag hat das Gesetz über das Tragen von Blauhemden mit 80 gegen 60 Stimmen angenommen.

Es war nur ein Walfisch. Zum größten Bedauern der Bevölkerung von Querqueville haben drei Wissenschaftler, die man zur Begutachtung des dort angespülten „Seeungeheuers" herangezogen hatte, festgestellt, daß es sich um eine Art des Walfisches handelt. Hiermit ist also dieser geheimnisvolle Fall geklärt.

Banknotenfälscherwerkstatt ausgehoben. In den letzten Wochen waren in Görlitz, Breslau, Cottbus, im Rheinland, in Dresden und in den Ortschaften der Sächsischen Lausitz zahlreiche falsche 20 Markscheine von derselben Herstellungsart aufgetaucht. Durch die Aufmerksamkeit eines Geschäftsmannes konnten vor einigen Tagen drei Personen ermittelt und festgenommen werden, die bei der Ausgabe falscher Geldscheine beteiligt waren. In der Nacht zum Freitag haben nun Kriminalbeamte die Fälscherwerkstatt ausgehoben. Diese befand sich im Walde bei Krischa (Oberlausitz) in einem Wohnhaus, das zu einer Geflügelfarm gehört.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Arbeitsbeschaffung durch Münzreform. Im Rahmen der im Gange befindlichen deutschen Münzreform werden insgesamt etwa 7500 Tonnen alter Münzen in den sechs deutschen Münzstätten in Berlin, Hamburg, Karlsruhe, München, Muldenhütten und Stuttgart zur Einschmelzung gelangen. Die alten Silbermünzen werden zunächst zu Barren umgeschmolzen, um dann in dieser Form an verschiedene Scheideanstalten gesandt zu werden, in denen das Silber vom Kupfer getrennt wird. Von den Scheideanstalten wird das gewonnene Silber mit Kupfer wieder an die sechs Münzstätten zurückbefördert, um als Prägematerial verarbeitet zu werden. Die Reichsbahn hat sich bereit erklärt, das Münzmetall zu verbilligten Frachtsätzen zu befördern. Der „Führer" hebt hervor, daß sich die Neuprägung der Münzen als eine wirkungsvolle Arbeitsbeschaffungsmaßnahme darstellt.

Die Neckar-Schiffahrt im Februar. Die Schiffahrt auf dem Neckar war den ganzen Monat hindurch ungestört im Betrieb. Infolge des außerordentlich niedrigen Rheinwasserstandes, der auch im Neckarverkehr zu verzeichnen war, gingen die Güter- und Kohlentransporte im abgelaufenen Monat mengenmäßig zurück. Von Mannheim fuhren 11 Schleppzüge mit zusammen 42 Kähnen zu Berg, von denen 31 mit Gütern und 10 mit Kohlen und Koks für Heilbronn, sowie 1 Kahn mit Kies zum Kanalbau bei Wieblingen beladen waren. Zu Tal sind 37 Kähne und zwar 3 mit Salz und 29 mit Gütern abgefertigt worden.

Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften im Jahre 1933. Der Verband deutscher Lebensversicherungsgesellschaften gibt folgende Zahlen aus dem Geschäftsverlauf der ihm angeschlossenen privaten Lebensversicherungsgesellschaften für das Jahr 1933 bekannt: Am Ende der Berichtszeit waren bei 48 (50) Gesellschaften in Kraft: In der großen Lebensversicherung 2 617 973 Vers.-Scheine über 10,8 Milliarden RM. Ver.-Summe, in der Kleinen Lebensversicherung 8 400 231 Vers.-Scheine über 2,90 Milliarden RM. Vers.-Summe. Die Durchschnittssumme betrug für den Versicherungsschein in der großen Lebensversicherung 4 127 RM., in der kleinen Lebensversicherung 345 RM. Die gesamte Bruttoprämieneinnahme des Jahres 1933 belief sich auf 623,75 (647,04) Mill. RM. Die zur Deckung der Verpflichtungen bestimmten lang- und kurzfristigen Kapitalanlagen (Hypotheken, Wertpapiere, Darleben, Grundbesitz usw.) betrugen am Ende des Jahres 3,20 (2,93) Milliarden RM. Ausgezahlt wurden im Jahre 1933 an Versicherte und Hinterbliebene an fällig gewordenen Versicherungssummen, an Gewinnanteilen der Versicherten und an sonstigen Leistungen insgesamt 413,92 (405,21) Mill. RM. Von den hierin enthaltenen Fälligkeiten durch Tod treten ein im ersten Versicherungsjahr 18 400 mit einer Versicherungssumme von 6,05 Mill. RM., auf die erst 0,26 Mill. RM. Prämie gezahlt waren, im zweiten Versicherungsjahr 23 082 mit einer Versicherungssumme von 8,43 Mill. RM., auf die erste 0,91 Mill. RM. Prämie gezahlt waren, im dritten Versicherungsjahr 20 517 mit einer Versicherungssumme von 11,73 Mill. RM., auf die erst 2,02 Mill. RM. Prämie gezahlt waren.

Börsen

Berliner Börsenbericht vom 5. März. Die Börse war heute wieder durchweg befestigt, da unter dem Eindruck der letzten zuversichtlichen wirtschaftspolitischen Reden neue Kaufaufträge des Publikums eingetroffen waren. Insbesondere setzt man große Hoffnungen auf die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse, die bereits am ersten Tage einen erfreulichen Verlauf genommen hat. In diesem Zusammenhang fand die Rede des Reichsministers Dr. Göbbels über die bisherigen Erfolge der Reichsregierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Ankündigung der zweiten Phase der Arbeitsschlacht am 21. März Beachtung. Die Anfangsnotierungen konnten sich unter Bevorzugung von Spezialitäten fast auf der ganzen Linie um etwa 0,5 bis 1,5 Prozent befestigen. Im Vordergrund standen die Autowerte. Daimler stiegen bei großen Umsätzen von 52,12 auf 55 und BMW. von 138,25 auf 141. Auch der Montanaktienmarkt zeigte durchweg Kursbesserungen von etwa 0,5 Prozent. Auch Bankaktien wurden durchweg höher bezahlt, Reichsbank stiegen um 1,75. Renten lagen ruhig, aber freundlich. Pfunde und Dollar lagen etwas schwächer, der Dollar stellte sich gegen Mark auf 2,51 und das Pfund gegen Dollar auf 5,07,5.

Märkte

Ravensburger Viehmarkt. Preise per Zentner Lebendgewicht: Farren 20—24, fette Ochsen 22—25, ältere 18—22, Arbeitsochsen 22—24, fette Rinder 22—25, junge Kühe 20—22, ältere 13—16, Magerkühe 9—13, Kälberkühe Stück 280—340, trächtige Kühe 220—340, Milchkühe 170—200, hochträchtige Kalbeln 240—340, fühlbar trächtige Kalbeln 200—240, Anstellrinder 6—12 Monate 80—140, 12—18 Monate 140—180, 18—24 Monate 180—220 RM. Handel sehr schleppend, Erstklassiges Fettvieh sehr lebhaft.

Stuttgarter Pferdemarkt. Der am 16. und 17. April d. J. — im Anschluß an die Schlacht- und Mastviehausstellung — stattfindende Stuttgarter Pferdemarkt erfährt gegenüber früheren Jahren folgende bemerkenswerte Neuerung: die zur Prämiierung von Marktpferden ausgeworfenen Geldpreise werden nicht mehr an die Pferdebesitzer, sondern als Anschaffungsbeihilfen an die Käufer von prämiierten Pferden ausbezahlt, sofern das betr. Pferd zur Arbeit im eigenen Betrieb gekauft wurde.

Schweinemärkte. Balingen: Milchschweine 13—22 RM. — Bessigheim: Milchschweine 15, Läufer 30 RM. — Bönnigheim: Milchschweine 14—19, Läufer 24—50 RM. — Bopfingen: Milchschweine 28—42, Läufer 85 RM. — Giengen a. Br.: Saugschweine 27—43, Läufer 54—65 RM. — Güglingen: Milchschweine 32—36, Läufer 44—52 RM. — Hall: Milchschweine 34—44 RM. — Heilbronn: Milchschweine 17 bis 21 RM. — Herrenberg: Milchschweine 40—48, Läufer 55—65 RM. — Ilsbofen: Milchschweine 16—23 RM. — Marbach: Milchschweine 16—21 RM. — Oehringen: 1 Paar Milchschweine 36—45 RM. — Ravensburg: Milchschweine 10—20 RM. — Rottweil: Milchschweine 28—42 RM. — Tübingen: Ferkel 20—25, Läufer 65 RM. — Ulm: Milchschweine 15—20 RM. — Vaihingen a. E.: Milchschweine 25—40, Läufer 70 RM.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Badblatt, Wildbad i. Schwarzwald (Inh. Th. Gack). DA 2. 34. 756.

Stadt Wildbad.

Gemeinderatssitzung

am Dienstag, den 6. März 1934. Beginn abends 7½ Uhr.

1) Vergebung von Arbeiten an der Bergbahn.
2) Vergebung von Wegbauarbeiten.
3) Verschiedenes.
4) Nichtöffentliches.

Konfirmations- u. Ostergeschenke

sowie **Schulranzen** für den **Schulanfang**

empfiehlt billigst

Josef Mayer

Kurverein Wildbad.

Zwecks Aufstellung der neuen Wohnungsliste 1934 bitten wir um Angabe aller Veränderungen bis spätestens Freitag den 9. März an das Verkehrsbüro. Die Aufnahme erfolgt für Mitglieder kostenlos. **Der Vorstand.**

Ein aussichtsreiches Angebot

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch das Inserat

Druckarbeiten

Verlangen Sie Preisangebote

FÜR PRIVAT:	Besuchskarten Verlobungs- und Hochzeits-Karten Trauerkarten und -Briefe
FÜR HANDEL GEWERBE INDUSTRIE:	Briefbogen, Rechnungen Quittungen, Prospekte Wein- und Speisekarten Lieferscheine, Rundschreiben
FÜR VEREINE:	Mitgliedskarten Eintrittskarten Programme, Satzungen Festbücher, Liedertexte usw.

liefert kurzfristig und in sauberer Ausführung

Wildbader Tagblatt

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw